

BUENOS AIRES-BRIEFING

Martin Schlatter, Carmen Leimann-López und Olaf Jacob

März 2020

Entwicklung der argentinischen Schuldenkrise

Die Covid19-Pandemie kommt für Argentinien in seiner derzeit fragilen wirtschaftlichen und budgetären Situation zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Der Staat hat aufgrund der prekären makroökonomischen Bedingungen und inmitten der Neuverhandlung der Staatsschuld vor dem Internationalen Währungsfond (IWF), wo 45 Milliarden des 57 Milliarden US-Dollar schweren Standby-Kredits aufgenommen wurden, derzeit wenig fiskalpolitische Spielräume, um den wirtschaftlichen und sozialen Folgewirkungen der Pandemie entgegenzuwirken. Die Ausgangslage für die Krise zeichnet sich dabei wie folgt: Das Land befindet sich nunmehr das achte Quartal in Folge in einer Rezession und gilt mit einer Schuldenquote von über 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2019 als stark überschuldet. Sein Staatshaushalt wies in den letzten fünf Jahren im Schnitt ein Budgetdefizit von 4,5 Prozent des BIP auf. Spätestens seitdem sich vergangenen August der politische Machtwechsel abzeichnete, fiel das Vertrauen der Anleger auf neue Tiefststände.

Für Überraschung und Unbehagen sorgte in Argentinien jedoch der bisherige Verlauf der Verhandlungen in Bezug auf die Umschuldung des Kredits mit dem IWF. Die neue geschäftsführende Direktorin des IWF, Kristalina Georgieva, verkündete nach ersten Verhandlungen mit dem argentinischen Wirtschafts- und Finanzminister und Stiglitz-Schüler Martin Guzmán in unerwarteter Deutlichkeit, dass das Land einen geordneten, aber substanziellen Schuldenschnitt seitens privater Gläubiger benötige. Mittelfristig bestehe keinerlei Spielraum, dass das Land seine Schulden begleiche. Diese Aussage wurde Ende Februar im Anschluss an die Besuche der technischen Kommission und das Wirtschafts- und Finanzministertreffen der Gruppe der 20 (G20) in Riad, Saudi-Arabien, seitens des IWF erneut bekräftigt, nachdem die Sorge eines ungeordneten Zahlungsausfalls durch das Debakel um einen Default der Provinz Buenos Aires weiterwuchs und die Staatsanleihen und Börsenwerte einen absoluten Tiefststand notierten. Aufgrund der drastischen Kursabstürze an den Weltbörsen im Zusammenhang mit der aktuellen Corona-Krise stieg das Länderrisiko Argentiniens inzwischen auf über 4.500 Basispunkte. Dies bedeutet, dass der argentinische Staat massiv an Glaubwürdigkeit hinsichtlich seiner Verbindlichkeiten eingebüßt hat. Auch die massiv gesunkene Nachfrage nach einem der wichtigsten Exportprodukte des argentinischen Agrarbereichs, Soja, führte zu einem Preisverfall der verhältnismäßig gering ausgefallenen Ernte und ließ die prognostizierten, dringend notwendigen Deviseneinnahmen weiter einbrechen. Allein in den vergangenen Tagen sanken die Währungsreserven zur Stützung des argentinischen Pesos um eine Milliarde US-Dollar und bewegen sich nun im Bereich von 43 Milliarden US-Dollar.



2017 beliefen sie sich noch auf 65 Milliarden US-Dollar. Zwar ist es der Zentralbank gelungen, Kapitalverkehrsbeschränkungen von 200 US-Dollar pro Person und Monat sei Dank, derzeit noch möglich, den offiziellen Wechselkurs durch Eingriffe auf dem Geldmarkt stabil im Bereich von knapp 64 argentinischen Peso je US-Dollar zu halten, langfristig zeichnet sich jedoch eine weitere Reduktion der Währungsreserven ab. Auch die Differenz zum inoffiziellen Wechselkurs stieg in den vergangenen Tagen auf bis zu 90 Peso je US-Dollar.

Wirtschaftliche Lage und Maßnahmen der Regierung

Unmittelbar nach dem Amtsantritt im Dezember 2019 hatte die amtierende Regierung auf das Implementieren von Einzelmaßnahmen gesetzt, welche unter anderem die Einführung einer 30-prozentigen Sondersteuer für den Erwerb von sowie Transaktionen in Fremdwährung, höhere Exportsteuern für den Agrarsektor und das Aussetzen der 2017 eingeführten automatischen Inflationsanpassung von mittleren und hohen Renten vorsah. Einnahmenseitig führten diese Maßnahmen bisher zu einer noch stärkeren Belastung der ohnehin krisengebeutelten Mittelschicht sowie der Landwirte und – durch die Rückkehr zu einem parallelen Wechselkursregime – der Tourismusindustrie. Die Touristen konsumieren Dienstleistungen etwa zum offiziellen Wechselkurs und verlieren so an Kaufkraft, während die Kosten für die Tourismusbetriebe und das produzierende Gewerbe steigen, da diese etwa importierten Waren zum weniger vorteilhaft notierten *dólar importador* bezahlen müssen. Argentiniens einzigartiges Wechselkurssystem kennt jedoch noch unzählige offizielle Wechselkurse, die eine verdeckte Förderung oder Belastung bestimmter Waren- oder Dienstleistungsimporte bzw. -exporte mit sich bringen: So erhalten Exporteure von Kirschen (*dólar cereza*) einen anderen Wechselkurs, als jene von Fleisch (*dólar carne*), der US-Dollar der Dienstleistungsexporteure (*dólar servicios*) notiert anders, als jener der Schiefergasexporteure der Förderstelle *Vaca Muerta*.

Die Einnahmen durch die Besteuerung der Transaktionsgeschäfte wurden unter anderem in Bonuszahlungen an Mindestrentner und kinderreiche Familien zur Linderung der Auswirkungen der Inflation investiert sowie in die Ausgabe von Prepaid-Lebensmittelkarten "Tarjeta Alimentar" an die genannten Personengruppen. Das Einfrieren von Preisen im Energiesektor und die Ausweitung des Programms „precios cuidados“ (geschützte Preise), welches auf die Aushandlung von Referenzpreisen ausgewählter Produkte zwischen Staat, Produzenten und Handel setzt, sollte ebenso zu einer kurzfristigen Absenkung der Inflation führen. Mit einer auf einem 10-Jahres-Hoch befindlichen Arbeitslosenrate von 10,6 Prozent Ende 2019 war bereits eine wachsende Zahl an Menschen in Armut und informelle Beschäftigung getrieben worden.

